

Post-demokratische Politiksimulation.

Politische Quasi-Diskurse und non-evidence based Policy“

Post-demokratische Politiksimulation.	1
1. Der Geist aus der Flasche	2
2. Politik als Marktpromotor und Markt	3
3. Entkopplung von Politik und Gesellschaft	6
4. Die post-demokratische Konstellation	6
4.1. Zur Kategorie der Politik in der „Postdemokratie“	6
4.2. Non-Evidence-Based-Policy	7
5. Politik als Simulation	8
5.1. Politik als Schaukampf	8
5.2. Meinen statt Wissen	9
5.3. Politik als Simulation	9
Literatur	10

1. Der Geist aus der Flasche

Die repräsentative Demokratie und mit ihr die politische Dienstklasse befinden sich in einer fundamentalen Krise (Kleinert 2012). Von „Dienstklasse“ und eben nicht mehr von „politischer Klasse“ (Beyme 1993) ist hier die Rede, weil sog. „politische Eliten“ der systemrelevanten Parteien der repräsentativen Demokratie nicht mehr die Interessen des Souveräns substantiell vertreten, sondern diesen Souverän als Elektorat im Auftrag einer Plutokratie manipulieren. Thummes (2012) nennt dies formschön „Täuschung in der strategischen Kommunikation“. Freeland (2013, 78ff) zeigt, dass sich die (Super)Reichen (institutionelle und individuelle Investoren wie Hedgefonds, Risikokapitalunternehmen oder Beteiligungsgesellschaften, funktionelle Kapitalisten, Spitzenmanagement (CEO's) und Symbolagenten etwa an neuralgischen Stellen wie Ratingagenturen) als globalisierte Geldelite aus dem Zugriffsbereich einzelstaatlicher Politik verabschiedet haben. Ihre Parallelgesellschaft ist nur noch über Interessen, nicht mehr über Geografie definiert. Die nationalen und transnationalen ökonomischen Interessen dieser Geldelite werden durch eine Vermögensverteidigungsindustrie zusammengesetzt aus Politikern, Think Tanks, Rechtsanwälten, Steuerberatern und Lobbyisten uam. durchgesetzt und gesichert (Winters 2011, 12). Eben diese Vermögensverteidigungsindustrie treibt die politische Liberalisierung der Märkte, insbesondere die rechtlich abgesicherte Deregulierung der Finanzmärkte, aber auch die kapitalistische Landnahme der öffentlichen Daseinsvorsorge voran (Freeland 2013, 143).

Die Plutokratie hat als Herrschaft des Geldes und der Shareholder die politische Dienstklasse korrumpiert und gekauft (Roth 2007, 2014), wie unzählige BeraterInnenkarrieren von Politikern nach Ende ihrer aktiven Dienstzeit zeigen (Roth 2015). Dieser Berufswechsel zwischen Politik und Wirtschaft lässt sich als *Revolving Door Effect* darstellen (Klein/Höntzsch 2007), in dem sich politische Eliten gegenüber Repräsentanten ökonomischer Machtblöcke (und deren Lobbies) submissiv, eifertig oder opportunistisch verhalten, wenn und so weit sie davon ausgehen (können), dass dieses Verhalten ökonomisch etwa durch Berater-, Aufsichtsrats- oder Vorstandsposten, Vorträge, Consulting-Aufträge usw. remuneriert wird (Blanes/Draca/Fons-Rosen 2012). Weiss (2015, 146) hält zur sozialen Lage dieser politischen Dienstklasse fest: „Die meisten von ihnen haben über ihre Seilschaften und Netzwerke in der Politik eine Karriere gemacht, die sie weit über ihre normalen Qualifikationen und Fähigkeiten hinausgetragen hat.“ Die Datenbank des „Corporate Europe Observatory“¹ zeigt anhand unzähliger Beispiele, dass „lobbyists can influence the political agenda in Brussels. When senior European decision-makers - Commissioners, MEPs, officials - leave office and go straight into lobby jobs, or when lobbyists join the EU institutions, the risk of significant conflicts of interest is great, undermining democratic, public-interest decision-making.“ Lobby-Control² zeigt dies penibel für Deutschland.³ Die Willfährigkeit reicht weit: so ist etwa die Einflussnahme

¹ <http://corporateeurope.org/power-lobbies/revolving-doors>

² <https://www.lobbycontrol.de/2015/07/fragwuerdig-ehemalige-eu-parlamentarier-wechseln-in-ttip-lobbyjobs/>

³ Sie hierzu die instruktive Seite: https://de.wikipedia.org/wiki/Wechsel_zwischen_Politik_und_Wirtschaft

politischer Eliten auf Strafverfolgungsbehörden in Wirtschaftsverfahren gegen Repräsentanten der Kapitalmacht in Strafverfahren hinreichend belegt (Bannenbergh 2002). Zugleich ist ihr Unrechtsbewusstsein kaum ausgeprägt: politische Eliten halten etwa Provisionen als Gegenleistung für Entscheidungen für einen legitimen Teil ihres Einkommens (Piess/Sass/Meyer-Schwabedissen 2005). Ministerien und Parlamente winken von Konzernvertretern geschriebene Gesetze durch (Adamek 2009). In der EU kommen Rechtsakte auf legale Weise („delegierte Rechtsakte“ auf Grundlage des Vertrags von Lissabon 2009) durch technische Weisungen zustande, zu denen das EU-Parlament ´ja` oder ´nein` sagen darf. Die EU-Komitologie - Ausschüsse zusammengesetzt aus ExpertInnen der Mitgliedsländer, der Kommission und des Parlaments arbeiten Verordnungen/Richtlinien aus - führt dazu, dass eine steigende Zahl neuralgischer Bestimmungen/Rechtsakte zur Privatisierung des Wassers, zum ESM und zum EU-Fiskalpakt im Parlament der Gemeinschaft überhaupt nicht mehr diskutiert wird.⁴ Während Lobbyingagenturen und Wahlkampfspenden die Demokratie aushöhlen (Nichols 2014) bereichern (Rechts)Politiken der Privatisierung die Plutokratie (Rügemer 2008). Otto (2010) rekonstruiert dies als „Drehtür-Lobbykratie“.

In diesem Spannungsverhältnis zwischen plutokratischer Macht und formal-repräsentativen Strukturen, in dem Instrumente „legaler Korruption“ (Kaufmann 2009; Freeland 2013, 256) entwickelt wurden haben sich autoritäre Strukturen etabliert (Cohan 2011),⁵ die Kevin Phillips als antidemokratische „Vereinigung von Geld und Regierung“⁶ beschreibt. Krugman⁷ spricht von einem ´class warfare`, in dem die politische Dienstklasse mittels Steuerexemtionen, Finanzderegulierungen und Bankenrettungen eine Gesellschaft zweier Welten etabliert, nämlich einen je verballhornten Sozialismus für die „undeserving rich“ (Vergesellschaftung ihrer Risiken) und Kapitalismus (Privatisierung ihrer Risiken) für jene, die nichts anderes als ihre Lohnarbeitskraft zu verkaufen haben.

2. Politik als Marktpromotor und Markt

Innerhalb dieses Kontextes trat an die Stelle einer akzeptanzfähigen Vorstellung von Politik als Dienst am ´bonum commune` ein zunehmend unverstelltes, allseitig geteiltes Politikverständnis von Politik als Instrument der Vermarktlichung, Deregulierung und Entstaatlichung (Mair 2013; Streeck 2014) und zugleich als Markt. Die „Elitendemokratie“ wird als Markt verstanden, auf dem politische UnternehmerInnen um die Stimmen der WählerInnen (KonsumentInnen) werben und als Tausch politische Produkte anbieten (Downs 1957). Damit wurde alle Politik formal der Ökonomie subsumiert. Ein ´Marker` dieser Entwicklung ist Supiot (2012) zufolge der Prozess der Europäischen Integration, vor allem ausgedrückt in der Prorisierung der vier Grundfreiheiten der EU über Grundrechte die sozialstaatliche Verfasstheit der Mitgliedstaaten (Fisahn 2009). Hui (2006) spricht vom Advent einer „depolitierten Politik“, die sich Sachzwängen ausgeliefert sieht und die Exekution dieser (vorgeblichen) Sachzwänge zu ihrem Kerngeschäft erhebt. Fraser (2013, 120) wiederum zeigt in Absetzung gegenüber Polanyi´s „Great Transformation“ der 1930er

⁴ <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/03/04/lobbyist-packt-aus-eu-vereinbart-gesetze-im-hinterzimmer-komplett-undemokratisch/>

⁵ http://www.nytimes.com/2014/10/24/opinion/paul-krugman-plutocrats-against-democracy.html?_r=0

⁶ http://www.pbs.org/now/transcript/transcript_phillips.html

⁷ http://www.nytimes.com/2014/01/20/opinion/krugman-the-undeserving-rich.html?_r=1

Jahre, dass die sozialen Kämpfe des 21. Jhdts keine Konfrontation mehr zwischen „political forces and commercial interests that favoured deregulating markets and extending commodification“ einerseits und „a broad-based, cross-class front, including urban workers and rural landowners, socialists and conservatives, that sought to ‘protect society’ from the ravages of the market“ andererseits ausgelöst haben. Vielmehr sind heute alle politische Eliten „explicitly or implicitly neoliberal (...). Committed first and foremost to protecting investors, virtually all of them—including self-professed social democrats—demand ‘austerity’ and ‘deficit reduction’, despite the threats such policies pose to economy, society and nature.“

Deren homogenisierte Welterklärung versteht alle Politik nur durch die Form des Marktes hindurch. Politische Botschaften verwandeln sich kongenial in Werbebotschaften auf Märkten, Politiker in Schausteller auf Märkten. Der politische Konflikt findet also in den Formaten des Marketing statt und wird „Kommunikation“ genannt. Ein „Antagonismus“ kommt hier nicht mehr vor. Folgerichtig ersetzt die auf Dauer gestellte Meinungsumfrage jeden politischen Diskurs. In den Politikwissenschaften verwandeln endlose Alterationen des ‚rational choice‘-Konzeptes Wahlentscheidungen in ökonomisch rationale Kaufvorgänge (Brennan/Lomasky 1993). Ideologisch-programmatische (Welt)Anschauungen wird durch instrumentelle Kalküle der Interessenabwägung verdrängt. Zugleich wandelt sich Politik vom Beruf zum Geschäft (Borchert/Leitner/Stolz 2000).

Derlei Vermarktlichung der Politik spiegelt jene der Gesellschaft. Mitte der 1970er Jahre war der marktradikale Liberalismus auf Europäischem Boden noch ein politisches Machtspiel auf dem ideologischen Reißbrett marktradikaler Apologetiker (Conert 2002). Nur an der kapitalistischen Peripherie (Chile, Argentinien) wurde das marktradikale Reformkonzept der Chicago Boys („Schockbehandlung“) bereits gewalttätig umgesetzt (Hertwig 1983; Herrera 1988). Ende der 1970er führten die inneren Widersprüche des Keynesianismus zu einem erfolgreichen Aufstand der Aktionäre, institutionellen Anleger und Kapitalisten gegen Regulierung und hohe Steuerlasten im angloamerikanischen Kapitalismustyp (Albert 1992). Bedingt durch die Globalisierung der Wettbewerbsbedingungen geriet auch der Rheinische Kapitalismus in eine Strukturkrise (Windolf 2003). Im weiteren wurden ökonomische Schocks in Verbindung mit militärischen Niederlagen und Naturkatastrophen dazu genutzt, Privatisierungsmaßnahmen, Deregulierungsstrategien und vor allem den Abbau sozialstaatlicher Mechanismen durchzusetzen (Klein 2007). Die Utopie grenzenloser Ausbeutung wurde Realität (Bourdieu 1998).

Anfang der 1980er Jahre hatte sich die Politik der Liberalisierung und Deregulierung von einem madrassenhaft vorgetragenen ideologischen Geplänkel der Vordenker der Mont-Pelerin-Society (Cockett 1995) in ein medienmarktgängiges, ideologisches und mit akademischen Weihen versehenes Dispositiv verwandelt (Mirowski/Plehwe 2009). Eine Akkumulationsdynamik und Regulationsweise wurde in Gang gesetzt, deren Pfadabhängigkeit sich die politischen Systeme nicht mehr entziehen konnten. Die Politik der Deregulierung hatte vor allem im Finanzsektor eine Dynamik entfesselt, die im Gefüge politischer Machtverteilung nicht mehr zu bändigen war (Chesney 2014). In dem Ausmaß, in dem neoliberale Dogmen doktrinär elaboriert und verankert wurden, verschwand auch die Vorstellung einer konsistenten, sozial-inklusiven Strategie kapitalistischer Regulation (Hirsch/Roth 1986). Die Neoklassik schwang sich zu einer ökonomischen „Weltreligion“ (Krätke 1999) auf. Gleichwohl spiegelt die Genealogie des Neoliberalismus als Verknüpfung aus marktradikaler Liberalisierung, antietatistischer Deregulierung, postfordistischer Flexibilisierung und einer reponsibilistischen Erosion des Sozial- und Wohlfahrtsstaates keinen wie immer geartet ausweglosen ökonomischen Sachzwang

(Plehwe 2007). Vielmehr eine deliberative Entscheidung der politischen Eliten, die relativ hohe Steuerlast der Vermögenden zu Lasten der abhängig Beschäftigten zu senken und neue Investitionsmöglichkeiten (Kapitalverwertungschancen) für das überakkumulierte Kapital zu schaffen. Der neoliberale Elitenkonsens (Schmidt 2007) war also weder Sachzwang noch Selbstläufer, sondern Resultat einer Machtverschiebung (Deppe 1997).

Die Treiber der neoliberalen Konterrevolution und „marktradikalen Propaganda“ (Ötsch 2009) waren komplex (Altvater 1981). Einer davon waren die in Think Tanks (Desai 1994) organisierten „Evangelisten des Marktes“ (Dixon 2000), deren Funktion darin bestand, die politische Dienstklasse zu lobbyieren und handlungswirksame, in den medialen Blödmaschinen schier endlos variierte Konfigurationen postfordistischer Individualisierungs- und Wettbewerbsideologien (Harvey 2007) zu propagieren. Trotz sinkenden Wirtschaftswachstums, steigender Arbeitslosigkeit und steigender Staatsverschuldung konnten die hegemonialen Projekte der Austeritätspolitik (Blyth 2014), der Hochzinspolitik, der Politik der Liberalisierung, Deregulierung, Flexibilisierung und Entstaatlichung (George 2001; Schmee 2008) durchgesetzt werden. Die Kapitaleseite konnte den fordistischen Klassenkompromiss ohne Friktionen und substantielle Risiken für die gesellschaftliche Stabilität aufkündigen (Röttger 2008). So zerstörte Maggie Thatcher die Gewerkschaften der Bergbau-Kumpel, Ronald Reagan jene der Fluglotsen, Helmut Kohl mit Nato-Doppelbeschluss die DDR (Baron 2003). Die gesellschaftliche Akzeptanz dieser Aufkündigung des Klassenkompromisses wurde durch sozialdisziplinierende Strategien und die repressive Individualisierung von Arbeitslosigkeit, Armut und sozialer Ausgrenzung legitimiert (Uerlings 2013). Arbeitskräfte wurden sich in selbstorganisierte, permanent-verfügbare Arbeitskraftunternehmer (Voß/Pongratz 1998) einer 24/7-Ökonomie (Gerlach 2000; Crary 2014) verwandelt. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik wurden dem Paradigma der Individualisierung (der Lebensführung) und Verwettbewerblichung unterworfen. Diese Umwandlung in eine ‚Contest-Society‘ setzt(e) eine spezifische Gouvernementalität (Lemke 1997) sowie die Herausbildung der mentalen Epidemie eines kollektiven Mittelschichtzugehörigkeitswahns voraus, der keine Klassen mehr kennt. So trat an die Stelle staatlicher Rationalität die gottgleiche Rationalität der Markttransaktion (Chomsky 2000), während der Staat selbst bloß noch den freien Wettbewerb zu organisieren hatte (Hirsch 1995): An die Stelle kollektiver Sicherungssysteme trat die individuelle Vorsorge, an die Stelle des mit dem Generalverdacht ökonomischer Inkompetenz ausgestatteten Staates trat der Markt, an die Stelle des öffentlichen Raums der private. Der sozietale Anspruch, den Kapitalismus auf sozial ebenso sozial-integrative wie sozial-inklusive Weise zu regieren, wurde im Ergebnis in einer anschwellenden Woge des marktfundamentalistischen Furors (Stiglitz 2004,106) zersetzt. Die utopischen Energien der fordistischen Moderne waren erschöpft und mit ihnen das Vertrauen in die Fortsetzung der scheinbar immerwährenden Prosperität der Nachkriegszeit erodiert (Lutz 1989; Walpen 2000).

Die entstehende plutokratische Gesellschaftsordnung (Krysmanski 2012) verwandelt alles in Märkte, auch das politische System, das von (superreichen) Geldeliten, institutionellen Anlegern, funktionellen Kapitalisten und deren Funktionären ‚gekapert‘ wurde (Freeland 2013). Die politischen Chancen, Einfluss auf die Formulierung, Gestaltung und Durchsetzung von gesellschaftlichen (Öffentlichkeit, Gemeinwesen) Zielsetzungen zu nehmen (Fuchs/Roller 2009), sind seither zunehmend ungleich verteilt. Willensbildung und Entscheidungsfindung sind nicht deliberativ, also durch öffentliche Diskurse, sondern monolinear in einem „Sender-Empfänger“-Modell oder über Medienmonopole organisiert. Praktiken demokratischer Subpolitik, die vom Shitstorm in Social Media bis hin zu zivilgesellschaftlichem Ungehorsam reichen, sind zugleich sozial-kontrolliert und medial weitgehend ausgeblendet. Politics, also die Prozesse (Kommunikationen) der Politik,

bleiben von den Formaten und Formationen politischer Kommunikation beherrscht, während Policies, also die Inhalte politischer Entscheidungen, weder vom Souverän noch von einer wachsenden Anzahl politischer Entscheidungsträger überhaupt noch verstanden werden (Talos/Kittel 2001).

3. Entkopplung von Politik und Gesellschaft

Der Politik kommt so die Gesellschaft abhanden (Lefort/Gauchet 1990) und die Demokratie an ihr Ende (Guehenno 1996). Dies spiegelt sich in steigender, wenngleich schicht- und milieuspezifisch je unterschiedlich ausgeprägter Politikverdrossenheit (Gaiser et al. 2002) und in einer Desintegration demokratischer Legitimitätsvorstellungen (Priddat 2013). Der Eurobarometer-Umfrage 2013 zufolge ist das Vertrauen der EU-Bürger in die Politik seit dem Ausbruch der Finanz- und Schuldenkrise deutlich gesunken. Vertrauten 2007 noch bei 57% den Institutionen der EU, so waren es 2013 31%. 2013 vertrauten nur mehr 25% der EU-Bürger ihrer Regierung - 2007 waren es noch 43% gewesen - und 26% dem eigenen Parlament.

Lucke (2010) spricht von einer „Demokratie ohne Volk“ als Resultat des Auseinandertretens von Legalität und Legitimität; Guggenberger (2012) von einer „Verflüssigung der Politik“. Die damit verknüpfte negative Einstellung der Bürger, ihr Desinteresse gegenüber und ihre Ablehnung von Politik, ihren Institutionen und Prozessen spiegelt sich in steigender Wahlenthaltung und sinkenden Parteimitgliedschaftszahlen, aber auch einer steigenden Irrationalität des Wahlverhaltens (Denkzettelwahlen). Kramar-Schmid/Linsinger (2014) zufolge hat das Ausmaß an Respektlosigkeit und (Vorschuss)Misstrauen gegenüber Politikern als wahrgenommenen Dilettanten, Abzockern und Parteisoldaten demokratiegefährdende Dimensionen erreicht. Das Image von Bankern (auch nach der Subprime-Krise), Immobilienmaklern und Prostituierten liegt deutlich vor jenem der politischen Eliten. Da die Anforderungen an das `policy-making` beinahe ausschließlich medial bestimmt (Meyer 2015) sind, wobei auch die vierte Gewalt selbst von den Eigendynamiken der Beschleunigung des Nachrichtenwesens unter Druck gesetzt wird (Bissinger et al. 2014), verstehen sich politische Eliten beinahe ausschließlich als „Politikdarsteller“ (Kramar-Schmid/Linsinger 2014): es geht um manipulative Rhetorik (NLP), unverfängliche oder druckreife Formulierung, gute Figur und das Image, kompetent zu sein.

4. Die post-demokratische Konstellation

Frustration, Ohnmacht und Unbehagen gegenüber dem politischen System und seinen Eliten, gegenüber der diffusen aber ubiquitären Macht von Wirtschaftslobbys generieren eine „schweigende Mehrheit“ (Baudrillard 1982), die als Gruppe von NichtwählerInnen, Denkzettel- und ProtestwählerInnen und instrumentellen WechselwählerInnen hervortritt. Deren Attitüden sind ein Kern der post-demokratischen Konstellation, ein Begriff, der nicht auf Colin Crouch (2008), sondern auf Ranciere (1997; 2002) zurückgeht, der ihn 1992 gemeinsam mit Alain Badiou verwendete (Rancière 2010).

4.1. Zur Kategorie der Politik in der „Postdemokratie“

In der postdemokratischen Konstellation kommt demokratischen Verfahren nur mehr instrumentelle Bedeutung zu. Interessenkonflikte werden nicht mehr politisch, sondern administrativ mittels der Implementation von Marktmechanismen gelöst, die als

„Sachzwänge“ codiert sind. Zugleich verlagern die gewählten Repräsentanten ihre Kompetenzen (und damit die Verantwortung) auf Experten, Kommissionen und Wirtschaftsunternehmen. Was Politik ist, sagen letztlich Meinungsforschungsinstitute und Unternehmensberatungsoligopole. Erstere inszenieren sinnentleerte Zustimmungswettbewerbe, letztere vertreiben die Kategorie des Gesellschaftlichen aus der Politik. Folgerichtig wird der Bürger nicht als Souverän betrachtet, in dessen Auftrag entschieden werden muss. Vielmehr soll das Elektorat „befähigt“, aktiviert und konditioniert werden, aus eigenem Antrieb den vorgegebenen Anforderungen des Allgemeinwohls der institutionellen Anleger und Banken, verstanden als die Bedingungen des globalen Marktes, gerecht zu werden.

4.2. Non-Evidence-Based-Policy

Politik in der post-demokratischen Konstellation ist empirie-aversiv. Beispiele hierfür sind das Paradigma der Austerität, demnach allseitiges Sparen (Staat, Unternehmen, Private) aus Rezession und Schuldenkrise führt, die repressive Responsibilisierung der Armen, die durch ein Übermaß an Sozialleistungen faul in Hängematten liegen („welfarization“) oder das „trickle down“-Theorem, demnach zunehmender privater Reichtum zu einer Aufwärtsbewegung des gesellschaftlichen Wohlfahrtsliftes führt. Nichts davon trifft zu. 35 Jahre nach der neoliberalen Konterrevolution haben die Ideologie der Deregulierung sowie die Politiken der Liberalisierung und Deregulierung im Finanzsektor ökonomisch und sozial destruktive Folgen nach sich gezogen (Flassbeck 2009): Europäische Gesellschaften stehen angesichts vertiefter sozialer Ungleichheiten vor einer Zerreißprobe (Bönke/Schröder 2015), die Austeritätspolitik würgt jede auf realwirtschaftlichen Prozessen basierende Konjunktur ab (Blyth 2014; Baldi et al. 2014), die Ungleichheit der Einkommen verhindert jedes auf Nachfrage basierendes Wachstum und treibt die Überakkumulation von Kapital voran, das spekulativ verausgabt wird (Memorandum 2015). Dessen ungeachtet ist weiterhin ein politischer Elitenkonsens dominant, der diese Politik fortführt.

Je frapper die Befunde zu Reichumsverteilung, Armutsbelastung, Arbeitslosigkeit, Working Poor, Prekarisierungsdynamiken, ökologischer Devastierung, Ausgrenzung und Marginalisierung, desto unverstellter müssen sie im politisch-medialen Diskurs dethematisiert, relativiert und naturalisiert, auf individuelle Einzelfälle ohne gesellschaftlichen Zusammenhang heruntergebrochen werden. Die Reichen gelten in diesem Diskurs als reich, weil sie mit individuellem Genius schier Übermenschliches leisten, die Armen hingegen blöde und faul, auch wenn alle Empirie das exakte Gegenteil belegt. Und wenn der Prozess der Vermarktlichung zu ökonomisch und ökologisch desaströsen Folgen wie beim Handel mit Emissionszertifikaten führt liegt dies nicht am Markt, sondern immer bloß daran, dass noch zuwenig vermarktlicht wurde. Die Pathologie einer hermetisch in sich geschlossenen Wahnidee liegt eben darin, dass jede gegenläufige Evidenz kontrafaktisch in einen Beweis der Richtigkeit der Idee umgedeutet wird. Der vereinzelte Wahnsinnige wird enttäuschungsresistent, der politische Diskurs „non-evidence-based“, ein politisches System totalitär (Georgi/Kannankulam 2012).

Die „idée fixe“, das Leitmotiv des herrschenden Blocks und seiner politischen Eliten an der Macht besteht aus einem Portfolio unterschiedlicher Spielarten der Implementation ein und derselben Austeritäts-, Liberalisierungs-, Vermarktlichungs- und Deregulierungspolitik. Opposition ist in diesem Zuschnitt dieser „tumb-neoliberalen Machtmaschine“⁸ nur innerhalb dieses Leitmotivs denkbar. Politischer Dissens ist zulässig, so lange er

⁸ <http://lostineu.eu/der-neue-gefaehrliche-konsens/>

bestehende Macht-, Aneignungs- und Verteilungsverhältnisse zugunsten der institutionellen Anleger und Banken nicht gefährdet/attackiert. Wiesendahl (2004) deutet dies als Sachzwang, worin sich Parteien als Getriebene dem kritischen Wandel ökonomischer Verhältnisse nicht entziehen können, in dem Politikmodelle sozialer Gleichheit, paritätischer Kostenteilung und sozialer Inklusion an ökonomische und fiskalische Grenzen stoßen, sich dem „Reformdruck“ der Share-Holder nicht verweigern können. Kernbotschaft der politischen Elite und ihres submissiven Politikwissenschafts-Annexes ist: der Kapitalismus bleibt alternativlos (Hirsch 1996). Im Ergebnis etikettieren alle politischen Eliten der (transnationalen) universellen Einheitspartei in unterschiedlicher Terminologie aber gleichem Inhalt jede Opposition gegenüber dem Paradigma der Austerität als inkompatiblen Kulturbruch. Paul Krugman hat demgegenüber gezeigt, dass eine auf Austerität angelegte Wirtschaftspolitik, die durch Steuererhöhungen und Ausgabensenkungen die Verschuldung des Staates begrenzen soll, letztlich „non-evidence-based policy“ ist. Denn die Eurostat-Daten 2010 - 2013 zeigen, dass höhere Staatsausgaben im Vergleich die Wirtschaftssituation verbessern⁹ und dass Austeritätsmaßnahmen bestehende Rezessionsdynamiken vertiefen:¹⁰ Bei einbrechender Nachfrage sinken Investitionen, steigt die Arbeitslosigkeit, sinken die Einkommen, sinkt die Nachfrage.¹¹ In der Tat beruht das Wachstum in Europa nach 2009 ausschließlich auf dem Wachstum des Finanzmarktes, also buchstäblich auf „Luftgeschäften“, nämlich elektronischen Buchungszellen. Daneben absorbiert die Liberalisierung des Finanzmarktes aufgrund exorbitanter Renditeversprechen das überakkumulierte Kapital. Austerität realisiert also eine pro-zyklische Finanzpolitik (Sparen während des Abschwungs) und folgt bloß der Logik der (aus öffentlichen Mitteln geretteten) institutionellen Investoren als Kreditgeber (Streeck/Beckert 2012). Trotzdem wird das Paradigma beibehalten, auch wenn die Lasten der Austerität nicht nur die Lebensführung der Subalternen /Armutgefährdeten (Offe 2013), sondern auch die Funktionsfähigkeit der Demokratie als bürgerlicher Herrschaftsform beschädigen.

5. Politik als Simulation

Das marktfundamentalistische Leitmotiv als fixe Idee macht in grundlegender Weise deutlich, dass es im modernen politischen Prozess (Luhmann 2000) nicht um politischen Diskurs sondern um Manipulation, Ressourcenaneignung und die Vortäuschung von analytischer Kapazität und Handlungsfähigkeit geht.

5.1. Politik als Schaukampf

Unter der Ägide strategischer Depolitisierung und der von kommerziellen Interessen angetriebenen „vierten Gewalt“ (Meyer 2014) verwandelt sich politische Kommunikation in eine Einwegkommunikation, in der Demokratie nicht mehr Argument und Debatte, sondern nur noch „like“ oder „not-like“ zulässt. Die Passivierung eines Souveräns, der nur noch auf vorgefertigte (den politischen Gegenstand regelhaft unkenntlich machende) Antwortschablonen in Meinungsumfragen antwortet, setzt die flächige Zerstörung aller Ressourcen und Haltungen voraus, sich in den gesellschaftlichen Diskurs einzubringen.

⁹ <http://krugman.blogs.nytimes.com/2015/01/06/the-record-of-austerity/>

¹⁰ <http://economistsview.typepad.com/economistsview/2012/04/paul-krugman-death-of-a-fairy-tale.html>; http://www.nytimes.com/2010/05/31/opinion/31krugman.html?hp&_r=0

¹¹ <http://www.flassbeck-economics.de/thomas-mayer-uber-austeritat-in-einer-welt-ohne-gewinne/>

Politische Kommunikation verwandelt sich damit in einen Schaukampf im Format medialer Dauererregung. An die Stelle der bürgerlichen Öffentlichkeit tritt das postbürgerliche (refeudalisierte) Politainment (Dörner 2001). An die Stelle inhaltlicher Auseinandersetzung tritt der medial inszenierte Wettbewerb um die attraktivste PolitikerInnen-Person sowie um die marktgängigste, ideologisch passfähigste („catchy phrasing“) und zugleich indifferenteste Botschaft im Wettbewerb zwischen den Fraktionen der universellen Einheitspartei (Antonio Negri). In Anlehnung an Crouch (2008) kann man den politischen Prozess der post-demokratischen Konstellation als permanentes Plebiszit, als unentwegte Meinungsumfrage, als Dauer-´Poll` verstehen, in dem mediale Schaukämpfe durchgeführt werden, in denen PR-Experten aus dem ´backoffice` Themen, Regeln und Sprechpositionen der kurzweiligen Politspektakel (Debord 1996) festlegen.

5.2. Meinen statt Wissen

In diesem politischen Prozess geht es nicht um Diskurs, sondern um Kommunikation als interpassiven Abtausch vorproduzierter Meinungen, beim Souverän hingegen um das Fürwahrhalten jenseits von Wissen. Der Souverän stimmt qua Meinung nicht über das ´Ob` von Markt, Konkurrenz, Wettbewerb, Privateigentum, Börse, Ratingagenturen, Privatbanken usw. usf. ab, sondern nur über das ´Wie`. Eben das ist die Kernfunktion von Politik in der „Postdemokratie“ (Jörke 2005). Politik dient hier folglich nicht dazu, durch gesellschaftliches Rasonieren zu klären, wie Lohnniveaus, Arbeitnehmerrechte oder Umweltstandard beschaffen sein sollen, sondern unter Hinweis auf die Drohkulisse der Beweglichkeit von Investoren Anpassungsleistungen in Steuer- und Arbeitsmarktssystemen zu erbringen. Sie generiert bloß Zustimmung, Affirmation und Submission.

5.3. Politik als Simulation

So ist der politische Prozess substantiell nur noch Simulation von Politik. Er wird auf die Vortäuschung der Führungskompetenz (oder eines Symptoms) einer Dienstklasse reduziert (Ritzi/Schaal 2010), die finanzielle Remunerationen als Gegenleistung für die Realisierung von Kapitalverwertungsinteressen erhält (Peters 1984). Politik als Simulation verkörpert dabei nicht bloß ein mediales Theater (Meyer 1998) in Form einer Dauergroteske oder einer Dissimulation durch Fabulieren und Lügen (Bolz 1983). Sie verändert vielmehr den inneren Code des gesellschaftlichen Realitätsprinzips (Baudrillard 1978). Eine hegemonial gewordene Anti-Politik schwingt sich damit zu einer Instanz auf, die anstelle eines demokratischer Kontrolle zugänglichen Wissenschaftssystems manipulativ bestimmt, was gesellschaftlich als wahr gelten kann. Zugleich unterwirft sich die Politik einer fundamentalistischen Markt- und Subjektauffassung, welche die Grenzen von Gesellschaft und Natur auf sozialbiologistische Weise zieht. Alle Natur ist Kampf, Wettbewerb, Selektion. Kurzgeschlossen gilt dies nunmehr auch gesellschaftlich. Die Kraftquelle der Pluralität von konfligierenden Interessen (und Menschen) wird zum Erliegen gebracht, die Offenheit der Verfassung geschlossen. Politik besteht fürderhin in Anpassung, nicht in sozietaler Gestaltung. Freilich, eine grundlegende Paradoxie liegt nach wie vor darin, dass deliberative Politik trotzdem die einzige Möglichkeit bleibt, auf zivilisierte Weise die Welt zu verändern (Arendt 2006).

Literatur

- Adamek, Sascha (2009): Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben, Frankfurt.
- Albert, Michel (1992): Kapitalismus contra Kapitalismus, Frankfurt.
- Altwater, Elmar (1981): Der gar nicht diskrete Charme der neoliberalen Konterrevolution; in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft, Nr. 44 , S. 5 - 23.
- Arendt, Hannah (2006): Wahrheit und Politik, Berlin.
- Baldi, Guido et al. (2014): Schwache Investitionen dämpfen Wachstum in Europa; in: DIW Wochenbericht, Nr. 27, S. 637 - 651.
- Bannenberg, Britta (2002): Korruption in Deutschland und ihre strafrechtliche Kontrolle, Neuwied.
- Baron, Udo (2003): Kalter Krieg und heißer Frieden, Münster.
- Baudrillard, Jean (1978): Kool Killer oder der Aufstand der Zeichen, Berlin.
- Baudrillard, Jean (1982): Der symbolische Tausch und der Tod, München.
- Beyme, Klaus (1993): Die politische Klasse im Parteienstaat, Frankfurt.
- Bissinger, Manfred (2014): Die vierte Gewalt. Vom Verschwinden des investigativen Journalismus, Freiburg.
- Blanes i Vidal, Jordi / Draca, Mirko/ Fons-Rosen, Christian (2012): Revolving Door Lobbyists; in: American Economic Review, Nr 7, S. 3731 - 3748.
- Blyth, Mark (2014): Wie sich Europa kaputtspart, Bonn.
- Bönke, Timm / Schröder, Carsten (2015): European-wide inequality in times of the financial crisis. DIW dp 14/2015, Berlin.
- Bolz, Norbert (1993): Politik als ob oder die Lizenz zu lügen; in: Peter Kemper (Hrsg): Opfer der Macht. Müssen Politiker ehrlich sein ?, Frankfurt, S. 58 - 71.
- Borchert, Jens / Leitner, Siegrid / Stolz, Klaus (2000; Hg): Politische Korruption, Wiesbaden.
- Brennan, Geoffrey / Lomasky, Loren (1993): Democracy and Decision. The Pure Theory of Electoral Preference, Cambridge.
- Bourdieu, Pierre (1998): Der Neoliberalismus. Eine Utopie grenzenloser Ausbeutung wird Realität; in: ders.: Gegenfeuer, Konstanz, S. 109 - 123.
- Chesney, Marc (2014): Vom Großen Krieg zur permanenten Krise, Zürich.
- Chomsky, Noam (2000): Profit over People. Neoliberalismus und globale Weltordnung. Hamburg.
- Cockett, Richard (1995): Thinking the Unthinkable. Think-Tanks and the Economic Counter-Revolution 1931 - 1983, London.
- Cohan, William (2011): Money and Power, New York.
- Conert, Hansgeorg (2002): Vom Handelskapital zur Globalisierung. Entwicklung und Kritik der kapitalistischen Ökonomie, Münster.
- Crary, Jonathan (2014): 24/7. Schlaflos im Spätkapitalismus, Berlin.
- Crouch, Colin (2008): Postdemokratie, Frankfurt.
- Debord, Guy (1996): Die Gesellschaft des Spektakels, Berlin.
- Deppe, Frank (1997): Der Elitenkonsens in aufgekündigt; in: arranca #36 - G8 - Die Deutung der Welt; URL: <http://arranca.org/ausgabe/36/der-elitenkonsens-ist-aufgekuendigt>
- Desai, Radhika (1994): Second-Hand Dealers in Ideas: Think-Tanks and Thatcherite Hegemony; in: New Left Review, Nr 203, S. 27 - 64.
- Dixon, Keith (2000): Die Evangelisten des Marktes, Konstanz.
- Dörner, Andreas (2001): Politainment. Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt.
- Downs, Anthony (1957): An Economic Theory of Democracy, New York.

- Fisahn, Andreas (2009): Demokratisches Defizit und die Legitimationskrise der EU; URL: http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/dokumentationen/090321_NRW-EU-Konferenz/FisahnLegitimationskriseEU.pdf
- Flassbeck, Heiner (2009): Gescheitert. Warum die Politik vor der Wirtschaft kapituliert, Frankfurt.
- Frazer, Nancy (2012): A Triple Movement; in: New Left Review, Nr 81, S. 119 - 132.
- Freeland, Chrystia (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen Geldelite, Frankfurt.
- Fuchs, Dieter / Roller, Edeltraud (2009): Politik; in: dies. (Hg): Lexikon Politik. Hundert Grundbegriffe, Stuttgart, S. 205 - 209.
- Gaiser, Wolfgang et al. (2002): Politikverdrossenheit in Ost und West ? Einstellungen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen; in: APuZ, Nr 19-20; URL: <http://www.bpb.de/apuz/25610/politikverdrossenheit-in-ost-und-west?p=all>
- George, Susan (2001): Der Lugano-Report, Reinbek.
- Georgi, Fabian / John Kannankulam (2012): Das Staatsprojekt Europa in der Krise, Berlin; URL: <http://rosalux-europa.info/userfiles/file/Staatsprojekt-Europa-Okt-2012.pdf>
- Gerlach, Thomas (2000): Die Herstellung des allseits verfügbaren Menschen. Zur psychologischen Formierung der Subjekte im neoliberalen Kapitalismus; in: UTOPIE kreativ, Nr. 121/122, S. 1052 - 1065.
- Guéhenno, Jean-Marie (1996): Das Ende der Demokratie, München.
- Guggenberger, Bernd (2012): Verflüssigung der Politik - was dann ? ; in: APuZ, Nr. 38-39, S. 9 - 17.
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich.
- Herrera, Gennaro (1988): Pinochet: the Politics of power, London.
- Hertwig, Helmut (1983): Zehn Jahre Diktatur in Chile – Die Resultate eines monetaristischen Modellversuchs; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr 8, S. 1124 - 1138.
- Hirsch, Joachim (1995): Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus, Berlin.
- Hirsch, Joachim (1996): Kapitalismus ohne Alternative, Hamburg.
- Hirsch, Joachim / Roth, Roland (1986): Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus, Hamburg.
- Hui, Wang (2006): Depoliticized Politics. From East to West; in: New Left Review, Nr 41, S. 29 ff.
- Jörke, Dirk (2005): Auf den Weg in die Postdemokratie; URL: <http://www.s-gs.de/texte/VR08Postdemokratie.pdf>
- Kaufmann, Daniel (2009): Corruption and the Global Financial Crisis; in: Forbes, 27. Januar 2009.
- Klein, Naomi (2007): Schock-Strategie, Frankfurt.
- Klein, Heidi / Höntzsch, Tilman /2007): Fliegende Wechsel - die Drehtür kreist. Lobby-Control-Studie, Köln; URL: <https://www.lobbycontrol.de/download/drehtuer-studie.pdf>
- Kleinert, Hubert (2012): Krise der repräsentativen Demokratie; in: APuZ, Nr. 38-39, S. 18 - 24.
- Krätke, Michael (1999): Neoklassik als Weltreligion; URL: http://www.rote-ruhr-uni.com/cms/IMG/pdf/Kratke_Neoklassik-Kritik.pdf
- Kramar-Schmid, Ulla / Linsinger, Eva (2014): Politikverdrossenheit: Unbegründetes Misstrauen gefährdet die Demokratie; in: Profil vom 27.8.2014; URL: <http://www.profil.at/oesterreich/politikverdrossenheit-unbegruendetes-misstrauen-demokratie-377577>.
- Krysmanski, Hans-Jürgen (2012): 0,1 % – Das Imperium der Milliardäre. Westend, Frankfurt.
- Lefort, Claude / Gauchet, Marcel (1990): Über die Demokratie: Das Politische und die Instituierung des Gesellschaftlichen; in: Rödel, Ulrich (Hrsg.): Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie, Frankfurt, S. 89 - 122,
- Lemke, Thomas (1997): Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Governmentalität, Berlin.
- Lucke, Albrecht (2010): Demokratie ohne Volk; in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Nr. 7, S. 5 - 9.

- Luhmann, Niklas (2000): Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt.
- Lutz, Bukrhard (1984): Der kurze Traum immerwährender Prosperität, Frankfurt.
- Mair, Peter (2013): Ruling the Void. The Hollowing of Western Democracy, London.
- f.
- Memorandum (2015): Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: 40 Jahre für eine soziale und wirksame Wirtschaftspolitik gegen Massenarbeitslosigkeit, Köln.
- Meyer, Thomas (1998): Politik als Theater. Die neue Macht der Darstellungskunst, Berlin.
- Meyer, Thomas (2014): Die Unbelangbaren: Wie politische Journalisten mitregieren, Frankfurt.
- Mirowski, Paul / Plehwe, Dieter (2009): The Road From Mont Pelerin, Cambridge.
- Nichols, John (2014): Von Roosevelt zu Obama: Die Aushöhlung der Amerikanischen Demokratie.; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, Nr 10, S. 65 - 70.
- Ötsch, Walter (2009): Mythos Markt. Marktradikale Propaganda und ökonomische Theorie, Marburg.
- Offe, Claus (2013): Europa in der Falle; in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Nr. 1, S. 67 - 80.
- Otto, Kim (2010): Drehtür-Lobbykratie; in: Blätter für Deutsche und Internationale Politik, Nr. 3, S. 13 - 17.
- Peters, Uwe (1984): Wörterbuch der Psychiatrie und medizinischen Psychologie³, München.
- Piess, Ingo / Sass, Peter / Meyer zu Schwabedissen, Henry (2005): Prävention von Wirtschaftskriminalität; erschienen als: Wirtschaftsethik-Studie Nr. 2005–2; URL: www.wcms.uzi.uni-halle.de.
- Plehwe, Dieter (2007): Neoliberal Hegemony: A Global Critique, London.
- Priddat, Birger (2013): Die unmögliche Demokratie, Frankfurt.
- Rancière, Jacques (1997): Demokratie und Postdemokratie; in: Badiou, Alain et al. (Hg): Politik der Wahrheit, Ort, S. 94 - 122.
- Rancière, Jacques (2002): Das Unvernehmen, Frankfurt.
- Rancière, Jacques (2008): Zehn Thesen zur Politik, Berlin.
- Rancière, Jacques / Badiou, Alain (2010): Politik der Wahrheit, Wien.
- Ritzi, C. / G. Schaal (2010): Politische Führung in der "Postdemokratie"; in: APuZ , Nr 2-3, S. 9 - 15.
- Röttger, Bernd (2008): Die Neoliberalisierung des Rheinischen Kapitalismus. Zur politischen Ökonomie der kapitalistischen Penetration; in: Butterwegge, Christoph / Lösch, Bettina / Ptak , Ralf (Hg): Neoliberalismus. Analysen und Alternativen, Wiesbaden, S. 90 - 107.
- Roth, Jürgen (2007): Der Deutschland Clan, München.
- Roth, Jürgen (2014): Der stille Putsch: Wie eine geheime Elite aus Wirtschaft und Politik sich Europa und unser Land unter den Nagel reißt, München.
- Roth, Jürgen (2013): Spinnennetz der Macht, München.
- Rügemer, Werner (2008): Privatisierung in Deutschland, Münster.
- Schmee, Josef (2008): Entstaatlichung/Privatisierung in Österreich als postfordistischen Paradigma und ideologische Keule zur Durchsetzung des Neoliberalismus; in: Dimmel, Nikoaus / Schmee, Josef (Hg): Die Gewalt des neoliberalen Staates, Wien, S. 115 - 141.
- Schmidt, Ingo (2007): Europa: Legitimationsdefizite, transatlantische Beziehungen und die Herausforderung des pazifischen Kapitalismus; in: ak – Analyse und Kritik, Nr 515, URL: <http://www.akweb.de>
- Stiglitz, Joseph (2004): Die Schatten der Globalisierung⁴, München.
- Streeck, Wolfgang (2014): The Politics of Exit; in: New Left Review, July-August,
- Streeck, Wolfgang / Beckert, Jens (2012): Die Fiskalkrise und die Einheit Europas; in: APuZ, Nr 4, URL: <http://www.bpb.de/apuz/59759/die-fiskalkrise-und-die-einheit-europas>
- Supiot, Alain (2012): Under Eastern Eyes; in: New Left Review, 73, S. 29 ff.
- Talos, Emmerich / Kittel, Bernhard (2001): Gesetzgebung in Österreich: Netzwerke, Akteure und Interaktionen in politischen Entscheidungsprozessen, Wien.

- Thummes, Kerstin (2012): Täuschung in der strategischen Kommunikation, Wiesbaden.
- Uerlings, Stefanie (2013): Soziale Arbeit als Erziehung zur Postdemokratie; in: KathHO (Hg): Soziale Arbeit und Neoliberalismus, Aachen, S. 8 - 28.
- Voß, Günther / Pongratz, Hans (1998): Der Arbeitskraftunternehmer. Eine neue Grundform der Ware Arbeitskraft ? ; in: KZfSS; Nr 1, 131 - 158.
- Walpen, Bernhard (2000): Von Igel und Hasen oder: Ein Blick auf den Neoliberalismus; in: UTOPIE kreativ, Nr. 121/122, S. 1066 - 1079.
- Weiß, B. (): Placebo-Politik. Warum Politiker alles tun, nur nicht das Nötige, München.
- Wiesendahl, Elmar (2004): Parteien und die Politik der Zumutungen; in: APuZ, B 40, S. 19 - 24.
- Windolf, Paul (2003): Die Zukunft des rheinischen Kapitalismus; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, SH 42, S. 414 - 442.
- Winters, Jeffrey (2011): Oligarchy, Cambridge.

Alle Internetfundstellen: 14.8.2015.